

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 32. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 24. September 2003
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jean-Jacques Winter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Markus Rudolf-von-Rohr
Regina Vecchi (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Yves Hartmann
Arnold Julier-Karmelitta
Nicolas Meier
Jan Oppliger
Claudia Piatti
Beatrice Salvisberg

Abwesend:

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle von Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30. Juni 2004)

Geschäft 3453

2. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Quartierplanung Wegmatten I, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 2. Lesung

Geschäft 3415 / A

3. Bericht des Gemeinderates betreffend Bewilligung eines Verpflichtungskredites für die Verlegung der Familiengärten am Baselmattweg

Geschäft 3443

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Die Protokollführerin

Regina Vecchi

Einwohnerratsprotokoll Nr. 32 vom 24. September 2003

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jean-Jacques Winter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende Jean-Jacques Winter begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung. Er hat folgende Mitteilungen für den Einwohnerrat:

Mitteilung 1

Mit seinem Schreiben vom 22. September 2003 teilt Mark Aellen mit, dass er mit sofortiger Wirkung sein Mandat als Einwohnerrat niederlegt. Als Ersatz fungiert heute Ursula Pozivil als Stimmzählerin.

Mitteilung 2

Die Einwohnerratssitzung vom Dezember 2003 wurde verschoben. Die Budget-Sitzung findet ausnahmsweise am **Donnerstag** 11. Dezember 2003 statt. Er verweist noch auf die ausgeteilte Einladung für den Vortragsabend „Erdbeben“.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, nimmt Stellung zur Mitteilung 2. und kommt auf den Entscheid des Büros Einwohnerrat zurück. Er weist darauf hin, dass jedes Mitglied des Einwohnerrats seit gut einem Jahr im Besitze des Terminkalenders ist. Nun geschieht es bereits zum zweiten Mal, dass innerhalb kurzer Zeit eine Sitzung verschoben wird. Er weist des Weiteren darauf hin, dass er bereits im 1996 dargelegt hat, dass die Budgetsitzungen des Landrates auf keinen Fall mit den Budgetsitzungen des Einwohnerrates kollidieren dürfen. Leider habe es auch dieses Jahr nicht geklappt. Er selbst z.B. kann am 11. Dezember 2003 nicht teilnehmen. Mit dieser Verschiebung nimmt das Büro Einwohnerrat ihm und vielleicht auch anderen Mitgliedern die Möglichkeit, sich zu allfälligen Budgetpostulaten zu äussern. Er vertritt die Meinung, dass die Sitzung nicht verschoben werden darf. Diejenigen Mitglieder, welche gleichzeitig im Landrat zugegen sein müssen, können zu einem späteren Zeitpunkt zur Einwohnerratssitzung erscheinen. Er verweist auf den § 72 Absatz e. Rückkommensantrag, den Sitzungstermin vom 10. Dezember 2003 stehen zu lassen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, gibt Hans-Peter Frey teilweise recht, weist aber darauf hin, dass auch schon eine Sitzung des VPK gleichentags verschoben wurde, weil der Präsident selbst nicht teilnehmen konnte. Er macht den Vorschlag, dass in den Kommissionen, wie es beim Kanton üblich ist, Vizepräsidien geschaffen werden, damit in Zukunft ein Vizepräsident den verhinderten Präsidenten vertreten kann.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion, könnte ebenfalls nicht an die Einwohnerratssitzung vom 11.12.2003 erscheinen. Er bestätigt, dass es unglaublich wichtig ist, dass die Mitglieder des Einwohnerrates ein Jahr im Voraus im Besitze des gültigen Terminplans sind, weil viele Mitglieder auch anderweitig engagiert sind. Er stimmt somit dem Antrag von Hanspeter Frey zu.

Zum Argument von Bruno Steiger äussert sich **Hanspeter Frey** dahingehend, dass die Einwohnerratssitzung nicht mit einer VPK-Sitzung zu vergleichen sei.

Alice Märki, FDP-Fraktion, könnte ebenfalls nicht an der verschobenen Sitzung teilnehmen, da gleichzeitig eine Sitzung der Sozialhilfebehörde stattfinden wird.

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** führt nochmals die Gründe für die Verschiebung der Einwohnerratssitzung auf. 7 Einwohnerratsmitglieder werden an der Budgetsitzung des Landrates teilnehmen. Für die Entscheidungen an der Budgetsitzung des Einwohnerrates ist es wichtig zu wissen, wie der Landrat entschieden hat.

://:

Dem Antrag von Hanspeter Frey, die Sitzung vom 10. Dezember 2003 **nicht** zu verschieben wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Traktandenliste

Traktandum 9 Postulat Jürg Gass, SP-Fraktion, betreffend Blaue Zone, Geschäft 3436

Jürg Gass zieht das Postulat, Geschäft 3436 zurück, da ein vergleichbarer Vorstoss bereits 14.7.1991 überwiesen wurde, (Geschäft 1705) und immer noch hängig ist.

://:

Die Traktandenliste wird gemäss vorstehenden Beschlüssen bereinigt.

335 01.024 Wahlbüro

1. Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro anstelle von Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30. Juni 2003), Geschäft 3453

Die CVP/SVP-Fraktion unterbreitet folgende Nomination:

Basil Kröpfli

Weitere Nominationen liegen nicht vor.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Thomas Bartlome, CVP/SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

Basil Kröpfli

Mitteilung an:

- Basil Kröpfli (als Wahlanzeige)
- Josua Studer, Präsidium SVP, Allschwil
- Paul Brügger, Sekretariat CVP, Allschwil
- Sekretariat Einwohnerrat

336 11.100 Raumplanung/Zonenplanung
 01.032.003 Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

2. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Quartierplanung Wegmatten I, bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement, 2. Lesung , Geschäft 3415 / A

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, hat mit seiner Kommission die von Kurt Kneier geforderten Abklärungen bezüglich Anpassung des Baurechtszinses im Baurechtsvertrag getroffen und nimmt wie folgt Stellung:

Die Kommission hat sich u.a. beim Amt der Liegenschaften und der Bezirksschreiberei erkundigt, und es ergibt sich daraus, dass die Ergänzung bei der Anpassung im Baurechtsvertrages wie folgt lauten wird: „*der Baurechtszins von 4,5 % ist alle fünf Jahre gerechnet ab Fertigung*“. und es wurde noch präzisiert „*... 50 Jahre ist gleich Baurechtsbasis von 4,5 %*“.

Eine weitere, nicht geforderte Abklärung ergab, dass der Baurechtszins gemäss Landesindex des Konsumentenpreises aufgeteilt wird.

Aufgrund des Antrages von Dr. Guido Beretta betreffend Nummerierung des Deckblattes des Baurechtsvertrages wurde die folgende Lösung festgelegt:

Auf der Titelseite:

A *die Vertragsparteien*
A1 *Einwohnergemeinde Allschwil*
A2 *COOP Immobilien AG*

Auf der nächsten Seite folgt:

B *Inhaltsverzeichnis*
mit der üblichen Nummerierung.

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet vorgängig der 2. Lesung Wegmatten, den Anträgen der Kommission gemäss Kommissionsbericht zuzustimmen und die Beschlüsse so zu fassen, wie sie im Kommissionsbericht vorgeschlagen sind.

Jean-Jacques Winter möchte erst das Quartierplanreglement durcharbeiten, gemäss Antrag 1 der VPK, anschliessend den Quartierplanvertrag gemäss Antrag 2 und abschliessend den Baurechtsvertrag durchdiskutieren.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, verdankt die Abklärungen der VPK und wird sich im Verlaufe der Beratungen zu diesem Thema äussern.

Dr. Ivo Corvini, CVP-Fraktion, denkt, dass die Vorlage in finanzieller Hinsicht eine grosse Bedeutung für die Gemeinde ist. Der Gemeinderat hat bisher sehr viel Zeit investiert, viel Herzblut vergossen. Die Gefahr, dass bei zuviel Herzblutverlust die Grenze überschritten wird, ist sehr gross. Die Grenze vom zulässigen und politisch Korrektem sind in gewissen Bereichen bei der Vorbereitung und jetzt bei der Abhandlung seiner Meinung nach überschritten worden. Er fügt das Beispiel an, dass der Gemeinderat den politisch neutralen Ort, den „Allschwilmärt“, benutzen wollte, um für dieses Projekt zu werben, bevor aber der Einwohnerrat darüber abgestimmt hat. Er möchte hierbei der Marktkommission ein grosses Lob aussprechen, dass sie dieses Unterfangen nicht gestattet hat. Dass der Gemeinderat trotz dieses Entscheides, in der Nähe des Marktes einen Stand betrieben hatte, sei seiner Meinung nach ein „**Nicht-Ernstnehmen**“ des Entscheides der Marktkommission. Dass im Allschwiler-Wochenblatt im Teil „Gemeindenachrichten“, welcher der Gemeinde für amtliche Publikationen und Gratis-Stelleninserate zur Verfügung steht, ein Inserat gemacht wird, um für das Projekt Wegmatten zu werben, ist nicht korrekt.

Er hofft, dass es in Zukunft ein fairer Abstimmungskampf gibt, dass keine Behördenpropaganda geleistet wird, damit alle die gleichen Chancen haben.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bestätigt, dass der Gemeinderat ebenso einen fairen Abstimmungskampf möchte. Alles, was der Gemeinderat bis anhin unternommen habe, sei legitim und korrekt gewesen. Es sei wichtig, die Bevölkerung zu informieren. Es sei ebenso legitim, neben den Marktständen ausserhalb des Marktgeländes einen Informationsstand zu haben. An diesem Informationsstand konnten Fragen von interessierten Einwohnern und Einwohnerrinnen beantwortet werden. Viele wollten sich das Projekt genauer anschauen. Die Publikation im AWB diene einzig der Information. Dieses Thema wurde kürzlich auch im Nationalrat und Ständerat diskutiert. Man kam auch da zum Schluss, es sei wichtig und auch die Pflicht des Gemeinderates, die Bevölkerung zu informieren.

Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, zeigt sich überrascht über das Votum von Dr. Ivo Corvini. Der Gemeinderat wurde vor Jahren schon aufgefordert, Informationen an die Bevölkerung weiterzuleiten. Würde man dieses unterlassen, wäre das auch „grenzüberschreitend“.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, beginnt sein Votum mit der Frage, ob jemand die Steigerung des Wortes „Feind“ kenne. Die Steigerungsformen seien: „der Feind“, „der böse Feind“, „der Parteikollege“. Mit diesen Worten zeigt er sich ebenfalls enttäuscht über die Aussagen von Dr. Ivo Corvini. Bis anhin sei dem Gemeinderat vorgeworfen worden, er würde zu wenig informieren. Dass er nun an einen Standort hinget, wo er die Bevölkerung bestens ansprechen kann, findet er nur mehr als in Ordnung.

Nicht, dass der Gemeinderat informiert, missfällt **Dr. Ivo Corvini**, sondern die Art der Propaganda. Inserate mit Abstimmungsparolen sind seiner Meinung nach ausserhalb der Grenzen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** stellt klar, dass sich der Gemeinderat in den nächsten Ausgaben des AWB mit Photo und Text zu Wegmatten persönlich äussern wird. Und dies nicht auf der offiziellen Gemeinderatsseite, sondern diese Inserate werden von jedem Gemeinderat selbst bezahlt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen mehr.

FORTSETZUNG DER DETAILBERATUNG (2. LESUNG)

Quartierplanreglement / 2. Lesung

1 Erlass

keine Wortmeldung

2 Zweck

keine Wortmeldung

3 Bestandteile und rechtliche Wirkung

keine Wortmeldung

4 Geltungsbereich

keine Wortmeldung

5 Inhalt der Quartierplan-Vorschriften

keine Wortmeldung

6 Bebauung

keine Wortmeldung

6.1. Art der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

6.2. Mass der baulichen Nutzung

keine Wortmeldung

6.3. Gestaltung der Bauten

keine Wortmeldung

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet, den Korrekturen im visualisierten Änderungsplan zuzustimmen.

7 Aussenraum

keine Wortmeldung

7.1 Nutzung und Gestaltung

keine Wortmeldung

7.2. Erhaltung und Pflege

keine Wortmeldung

8 Erschliessung, Parkierung

keine Wortmeldung

8.1. Erschliessung Parkierung

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet, den Korrekturen unter Punkt 4 im visualisierten Änderungsplan zuzustimmen.

9 Ver- und Entsorgung

keine Wortmeldung

10 Lärmschutz

keine Wortmeldung

11 Realisierung

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet, den Korrekturen gemäss VPK Vorlage zu bewilligen.

12 Abweichungen

keine Wortmeldung

13 Schlussbestimmungen

keine Wortmeldung

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 30 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung beschlossen:

1. Der Quartierplanung „Wegmatten I“, bestehend aus dem Quartierplan und dem Quartierplanreglement wird zugestimmt und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

Quartierplanvertrag / 2. Lesung

1. Allgemeines

keine Wortmeldung

1.1 Grundlagen

keine Wortmeldung

1.2. Gegenstand

keine Wortmeldung

1.3. Rechtliche Regelung

keine Wortmeldung

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet, den Korrekturen und Änderungen zuzustimmen

2. Rechtliche, planerische und finanzielle Vereinbarungen

2.1. Rechtliche Vereinbarungen

keine Wortmeldung

2.2. Planerische und bauliche Vereinbarungen

Hanspeter Frey, Präsident der VPK bittet, der Korrektur in Absatz 1 zuzustimmen.

2.3. Finanzielle Vereinbarungen

keine Wortmeldung

3. Weitere Bestimmungen

keine Wortmeldung

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 29 : 3 Stimmen, bei 1 Enthaltung beschlossen:

2. Der Quartierplanvertrag wird, unter Vorbehalt der Rechtskraft des Quartierplanes und des Quartierplanreglements „Wegmatten I“, genehmigt und dem Regierungsrat Basel-Landschaft vorgelegt.

Baurechtsvertrag 2. Lesung

1 Eckdaten

1.1. Parteien

keine Wortmeldung

1.2. Recht

keine Wortmeldung

1.3. Baurechtszins

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, dankt der VPK für die Prüfung seines Anliegens und, dass ab 5 Jahren der Zinssatz als fester Faktor für die Berechnung des Baurechtszinses festgehalten wurde. Die Gemeinde Allschwil gibt dem Baurechtnehmer das Land ab zu einem im Baurecht festgesetzten Preis von 50 Jahren. Er belegt dies mit folgender Aufstellung:

Annahmen:

Quadratmeter	6'143
Landwert pro m ²	1'000.00
Landwert in CHF	6'143'000.00
Basis Berechnung 80 %	4'914'400.00

Zinssätze

BR-Zins pro Jahr

4,50 %	221'148.00
5,00 %	245'720.00
5,50 %	270'292.00
6,00 %	294'864.00
6,50 %	319'436.00
7,00 %	344'008.00

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, erläutert diese Aufstellung dahingehend, dass die Gemeinde für die nächsten 50 Jahre mit einem jährlichen Einkommen von Fr. 221'148.—an Baurechtszinsen rechnet. Wenn man davon ausgeht, dass das Zinsniveau weiterhin bei 3 % bleiben würde, wäre das sicher ein gutes Einkommen. Man kann aber wohl kaum davon ausgehen, und Kurt Kneier spricht von seiner 26 jährigen Bankerfahrung, dass dieses tiefe Zinsniveau während der nächsten 50 Jahre so tief bleiben wird. Würde der Zinssatz nämlich im Laufe dieser langen Periode, was anzunehmen ist, z. B. auf 7 % steigen, wäre das für die Gemeinde eine eindeutige Einbusse.

Er legt deshalb dem Gemeinderat nahe, die Berechnung mit COOP nochmals zu diskutieren. Wenn der Landpreis im Laufe der Zeit angepasst wird, soll man ebenso ein Auge auf den Hypothekarzins werfen. So wird das Risiko abgeschwächt und das Land nicht für 50 Jahre zu einem Zinssatz von 4,5 % abgegeben.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, bestätigt, dass das Zinsproblem schon diskutiert wurde. Die Variante von Kurt Kneier sei eine Mixvariante. Einerseits wird der Hypothekarzins zugezogen andererseits der Landesindex. Es wurde jedoch mündlich empfohlen, nur eine Variante zu nehmen. Es wird auch unterschieden zwischen Gewerbebauten (spekulativ) und Wohnbauten. Gewerbebauten sollen laut Empfehlung auf Basis Landesindex mit fixem Hypothekarzins berechnet werden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, kann die Überlegungen von Kurt Kneier auch nachvollziehen. Da aber heute über den ausgearbeiteten Vertrag abgestimmt wird, ist diese Diskussion eigentlich überflüssig. Man hätte vorher mit dem Vertragspartner darüber verhandeln sollen.

Gemeinderat **Roman Meury** teilt mit, dass an der letzten Kommissionssitzung Vertreter von Coop anwesend waren und die Verhandlungen haben zu diesem Ergebnis geführt. Neue Verhandlungen können nun nicht mehr geführt werden. Seiner Meinung nach sei ein relativ hoher Zinssatz gewählt worden, gemessen natürlich an der heutigen Situation (Schwankung der Teuerung vom Index der Konsumentenpreise). Der Zinssatz von 4,5 % ist Basis des Vertrages und nicht verhandelbar, ausser wenn der Vertrag abgelehnt wird.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, wollte mit seiner Berechnung lediglich aufzeigen, dass bei steigenden Zinsen für die Gemeinde ein Verlustgeschäft entstehen könnte.

Robert Richner, FDP-Fraktion, findet die ausgehandelte Lösung nicht schlecht. Man könne die Zinsentwicklung für die nächsten 50 Jahre nicht voraussehen und muss deshalb aufgrund der aktuellen Situation entscheiden.

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** bestätigt, dass der Baurechtszins alle 5 Jahre angepasst werden kann. Er bleibt nicht bei 4,5 % während der nächsten 50 Jahre. Der Baurechtszins könnte auch steigen.

Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, möchte das Wort „Verlust“ beim Votum von Kurt Kneier gestrichen haben. Für dieses Grundstück gibt es 4,5 %. Es ist ein Veranstaltungssaal vorgesehen und ein Parkplatz, der benützt werden kann. Folglich ist dies kein Verlustgeschäft.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, ist auch der Ansicht, dass die Anpassung mit dem Landesindex die schlauere Variante ist. Würde man alle fünf Jahre am Stichtag „X“ die Zinsanpassung vornehmen, wäre diese Anpassung ein bisschen dem Zufall überlassen, im Gegensatz zum Landesindex .

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, stellt nochmals klar, dass die Gemeinde in den ersten 5 Jahren ein sehr gutes Geschäft macht. Nur wenn der Hypothekarzins steigen würde, wäre das ein Verlust.

Keine weitere Wortmeldung.

2. Das Baurecht

2.1 Gegenstand des Baurechts

2.1.1. Mutation und Bestellung des Baurechts

keine Wortmeldung

2.1.2 Inhalt des Baurechts

Hanspeter Frey, Präsident der VPK, bittet, den in der 1. Lesung vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

2.1.3. Verfügungen

keine Wortmeldung

2.2. Beginn und Beendigung des Baurechts

keine Wortmeldung

2.2.1 Dauer

keine Wortmeldung

2.2.2 Ordentlicher Heimfall

keine Wortmeldung

2.2.3 Vorzeitiger Heimfall

keine Wortmeldung

2.3. Baurechtszins und Baurechtszinspfandrecht

2.3.1 Der anfängliche Baurechtszins

keine Wortmeldung

2.3.2. Anpassung des Baurechtszinses

keine Wortmeldung

3. Weitere Bestimmungen

3.1 Weitere Bestimmungen zum Gegenstand des Baurechts

3.1.1. Haftung

keine Wortmeldung

3.1.2 Öffentliche Abgaben und Lasten

keine Wortmeldung

3.1.3. Amortisation

keine Wortmeldung

3.2. Weitere Bestimmungen zum Vertrag

3.2.1 Weitere Verpflichtungen

keine Wortmeldung

3.2.2. Schiedsgericht

keine Wortmeldung

3.2.3. Kosten

keine Wortmeldung

3.3. Formelles

3.3.1. Vorbehalt / Ratifizierung

keine Wortmeldung

3.3.2. Rangfolge

keine Wortmeldung

3.3.3 Ermächtigungen

keine Wortmeldung

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 28 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung beschlossen:

3. Der Baurechtsvertrag wird, vorbehaltlich der Rechtskraft der Quartierplanungsvorschriften gemäss Ziffer 1 und Ziffer 2 hiavor, genehmigt.

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 29 : 4 Stimmen, bei 1 Enthaltung beschlossen:

4. Dem Kreditbegehren in Höhe von CHF 6'465'000.00 inklusive 7,6 % MWST und einer allfälligen Baukostenteuerung (Index 01. April 2003) = 106.6 Punkte, Basis April 1998 = 100.0 Punkte) wird zugestimmt.

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 32 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen beschlossen:

5. Die Quartierplanung „Wegmatten I“ gemäss Ziffer 1 hiavor wird dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, möchte sich grundsätzlich noch zu den Abstimmungsunterlagen äussern. Er möchte hiermit folgenden Antrag stellen:

„Die Abstimmungsunterlagen für Wegmatten I sind folgendermassen zu gestalten“:

Separater Abstimmungszettel	→	Quartierplanung COOP
Separater Abstimmungszettel	→	Veranstaltungssaal

Beide Zettel in unterschiedlichen Farben.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** bestätigt, dass die Abstimmungsunterlagen wie oben vorgeschlagen, farblich unterschiedlich und getrennt sein werden.

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 33 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung beschlossen:

6. Das Kreditbegehren in der Höhe von CHF 6'465'000.00 inklusive 7,6% MWST ist dem obligatorischen Referendum gemäss § 13 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Allschwil und § 121 des Basellandschaftlichen Gemeindegesetzes (SGS 180) unterstellt.

://:

Gestützt auf den Antrag der Verkehrs- und Planungskommission wird mit 28: 3 Stimmen, bei 2 Enthaltungen beschlossen:

7. Der Gemeinderat wird beauftragt, für die Begleitung der Projektierungsarbeiten der Gemeindeinvestitionen eine Baukommission zu bestimmen und einzusetzen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt das Beispiel des Gemeindeneubaus an. Damals wurde plötzlich ein Nachtragskredit von ½ Mio. beantragt. Er ist deshalb skeptisch gegenüber Baukommissionen und legt nahe, auf eine solche zu verzichten.

Gemeinderat **Roman Meury** bestätigt, dass die Baukommission auf dem Friedhof ausgezeichnet arbeitet. Die Mehrkosten damals beim Gemeindeneubau entstanden lediglich dadurch, dass man nicht daran gedacht hat, beim Baukredit zur Gemeindeverwaltung die Baukostenteuerung zu berücksichtigen. Ansonsten entsprach die Abrechnung absolut dem bewilligten Kredit.

Damit ist die 2. Lesung zum Projekt Wegmatten I abgeschlossen.

Gemeinderat **Roman Meury** dankt für die Verabschiedung des Geschäftes. Der Einwohnerrat sowie seine VPK-Kommission haben sich die Arbeit nicht leicht gemacht. Er möchte noch das Thema Steuererhöhung ansprechen. Der Neubau des neuen Gemeindezentrums habe nicht zur Steuererhöhung geführt. Die damalige Steuererhöhung sei auf andere Gründe zurückzuführen, z. B. Abschaffung der Erbschaftssteuer (Fr. 800'000.--, Abnahme der Gemeindesteuer durch Rückgang der Einwohner (Fr. 1,2 Mio.) Zunahme der Kantonsbeiträge (Fr. 400'000.--). Ausserdem war auf der Gemeinde ein zusätzlicher Personalaufwand nötig (vom ER beschlossene Erhöhung der Gemeindepolizei), und auch eine Erhöhung auf der Steuerverwaltung aufgrund der Einführung der 1-jährigen Steuerveranlagung. Er betont auch, dass die Realisierung des Veranstaltungssaals nicht zu einer Steuererhöhung führen werde.

Als Zweites nimmt er Bezug auf einen Artikel in der BAZ betreffend Schulhaus Gartenstrasse und zitiert:

„...denn je nach Ausgang der Abstimmung kann der Abbruch der Turn- und Konzerthalle oder aber bei einem „Nein“ ihr Ausbau zum Thema werden.“

Er möchte betonen, dass keine Absicht bestehe, nach einem „Ja“ die Turn- und Konzerthalle abzureissen. Der Gemeinderat hat gegenüber den Vereinen an verschiedenen Veranstaltungen ganz klar geäußert, dass Vereine ihre traditionellen Veranstaltungen, falls gewünscht, weiterhin an diesem traditionellen Ort durchführen dürfen. Die Turn- und Konzerthalle wird für die nächsten Jahre weiterhin für den Turnunterricht des Schulhauses Gartenstrasse zur Verfügung stehen. Ein Abbruch steht nicht zur Diskussion.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann den Ausführungen von Roman Meury nicht vorbehaltlos folgen. Er verweist auf das Gutachten der Turnhalle welches besagt, dass diese in einem schlechten Zustand sei und jetzt anscheinend doch noch für Anlässe und Turnstunden genügen würde. Ähnlich verhalte es sich mit der Steuererhöhung aufgrund der Abschaffung der Erbschaftssteuer. Die sei ja schliesslich das Werk der Bürgerlichen gewesen.

Schlussabstimmung

Der Vorlage „Quartierplanung Wegmatten I“, Geschäft 3415, wird mit 28 : 6 bei 1 Enthaltung zugestimmt.

**3. Bericht des Gemeinderates betreffend
Bewilligung eines Verpflichtungskredites für die Verlegung
der Familiengärten am Baselmattweg, Geschäft 3443**

Gemeinderat **Paul Schüpbach** teilt mit, dass vor mehreren Jahrzehnten das Areal Wegmatten für die Familiengärten zur Verfügung gestellt wurde und dies für einen so genannten „Wasserzins“. Es bestand kein Pachtvertrag. Im Abstimmungskampf für die Mehrzweckhalle und für die Verschiebung der Familiengärten ins linksufrige Bachgrabengebiet hat sich der Familiengartenverein Allschwil engagiert. Mit der Planung Wegmatten I und II wurde es immer dringlicher, dass man die Gespräche suchte. Der Gemeinderat hat intensiv zusammen mit dem Familiengartenverein, einer sog. „Task Force“ verhandelt. Es waren 28 Verhandlungsstunden innerhalb der letzten 2 Jahren notwendig, bis man zu einer Lösung gekommen sei. Es wurde hart aber immer fair verhandelt. Für den Familiengartenverein war es etwas enttäuschend, dass die damalige Unterschriftensammlung für eine Petition nicht grössere Wirkung erzielte. Der Gemeinderat hat gute logische Lösungen für das Areal und den Familiengartenverein gesucht. In Zusammenarbeit mit dem Familiengartenverein haben Umfragen stattgefunden. Die Zahlen wurden aber einzig und allein vom Familiengartenverein bei seinen Mitgliedern erhoben. Es standen folgende 3 Möglichkeiten zur Auswahl:

1. Umzug ins Gebiet Basel-Stadt auf Allschwilerboden / Familiengartenareal
2. Umzug auf ein neu zu erstellendes Areal im Lörzbachgebiet
3. Aufgabe des Gartens (altersbedingt)

Man hat versucht, die Ungerechtigkeiten bei einem Umzug nach Basel-Stadt abzufedern. Leute, die in Allschwil wohnen, werden anders behandelt als solche, die in Basel-Stadt wohnen. Bei einer Aufgabe des Gartens wird man den Gärtnern eine Grundentschädigung für eventuell angeschaffte Utensilien auszahlen.

Für das Lörzbachgebiet muss mit den Bauarbeiten bald angefangen werden, damit die neuen Gärtner die Bepflanzung auf die nächste Vegetationsperiode (2004) in Angriff nehmen können. Die Ansätze der Vorlage sind dem Vorstand des Familiengartenvereins vorgelegt worden. Paul Schüpbach zitiert aus dem eingeschriebenen Brief des Vorstandes des Familiengartenvereins folgendes: Unterzeichnet von Martin Werren (Präsident) und Peter Schmid (Kassier)
„Grundsätzlich akzeptieren wir diese Vorlage, welche für den Familiengartenverein eine annehmbare Lösung bringt“

Rekurs resp. Anfechtung bei der Schlichtungsstelle *„können wir nur zurückziehen, wenn beide Beschlüsse gemäss Einwohnerratsgeschäft 3443 definitiv sind“*. Dies ist nachvollziehbar. Sie sind bereit die Anfechtung zurückzuziehen. Der FGV bittet weiter im Brief darum, dass man sich Gedanken macht - falls eine Ablehnung des Wegmattenprojektes Tatsache werden sollte - ob nicht der eine oder andere Gärtner vorerst weiterhin seinen Garten betreiben kann, bis die Bagger anfangen zu arbeiten. Diesem Ansinnen kann der Gemeinderat nicht folgen. Wenn man mitten in einer Vegetationsperiode mit dem Bagger auffahren würde, wäre keinem gedient. Weiter gibt es auch eine rechtliche Einschränkung. Wenn die Leute weiterhin ein pachtähnliches Verhältnis haben, ist die Situation gegeben, dass ein Rechtsweg beschritten werden könnte, d.h. Schlichtungsstelle, Bezirksgericht, Kantonsgericht oder bis vor das Bundesgericht und dies könnte sich dann bis auf 5 Jahre hinziehen. Der Gemeinderat muss aber die Planungssicherheit gewährleisten. Er ist überzeugt, dass die Vorlage eine gute Lösung für den Familiengartenverein ist und bittet der Vorlage zuzustimmen. Somit kann, nach einer Frist von 1 Monat nach Publikation des Einwohnerratsbeschlusses, der Rekurs bei der Schlichtungsstelle zurückgezogen und die Arbeiten im Lörzbachgebiet können baldmöglichst aufgenommen werden.

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter**, bittet die Fraktionen um Stellungnahme.

Hanspeter Frey, namens FDP-Fraktion, stimmt zähneknirschend dieser Vorlage zu. Er ist nicht der Meinung, dass es der rechte Weg ist, solche Vergütungen und Zusicherungen zu machen. Es könnte ein Präjudiz geschaffen werden, wenn man bei anderen Geschäften wie bei diesem

auch so unter Druck gerät. Er ist prinzipiell für das Erstellen von neuen Familiengärten, auch der Standart ist gut gewählt. Die Vorlage ist etwas verwirrt und diese Kostensituation wäre ohne nähere Erläuterungen absolut nicht nachvollziehbar gewesen.
Die FDP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu.

Stevie Brügger, namens CVP/SVP-Fraktion pflichtet den Worten von Hanspeter Frey bei, obwohl eigentlich keine Verpflichtung bestehe für irgendwelche Vergütungen, aber die Wichtigkeit des Projektes sei zu gross. Er wünscht aber, dass im Antrag unter Punkt 2 betreffend Rückzug des Rekurses das Datum vom 31.12.2003 auf den 31.10.2003 geändert wird. Da das Volk am 30. November 2003 über diese Geschäfte abstimmen kann, darf nicht noch ein Rekurs hängig sein.

Jürg Gass, SP-Fraktion, ist der ähnlichen Meinung. Familiengärten gehören zu einem Ortsbild wie z.B. ein Fussballverein. Der Betrag scheint ihm zwar etwas hoch, aber für die Leute, die weiterhin ihrem Hobby nachgehen wollen, ist es wichtig, einen neuen Platz zur Verfügung zu haben, daher geht der Kredit in Ordnung.
Die SP-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, findet es sehr kulant, in welcher Art und Weise der Familiengartenverein Entschädigungen erhält. Er sieht es fast als eine Art Erpressung, insbesondere da die Gärtner schon seit langem wüssten, dass das Areal eigentlich Bauland ist, und der Garten geräumt werden muss.

://:

Das Eintreten auf Geschäft 3443 wird einstimmig beschlossen.

DETAILBERATUNG

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, macht auf gewisse Unklarheiten im Bericht des Einwohnerrates aufmerksam. Auf Seite 6 unter dem Titel „Einnahmen“ spricht man von einem jährlichen Pachtzins von Fr. 100.-- pro Are. Auf der Seite 2 unter dem Titel „Ausgangslage“ ist aber die Rede von Fr. 4.-- pro Are.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** bestätigt, dass alle Angaben in der Vorlage richtig sind. Bis anhin waren die Pachtzinse überall Fr. 4.-- pro Are. In Gärten von Basel-Stadt auf Allschwilerterritorium ist der übliche Pachtzins seit Jahren Fr. 100.-- pro Are. Nur Allschwiler Bewohner und Bewohnerinnen bezahlen Fr. 200.-- pro Are. Bei Neuverpachtungen wird dem FGV jeder verpachtete Garten mit Fr. 100.-- in Rechnung gestellt. Der Familiengartenverein kann die interne Handhabung der Weiterverrechnung selbst bestimmen. Zu einem späteren Zeitpunkt wird auch der Pachtzins der Gärten im Reservoirgebiet angepasst werden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, fragt sich, ob die neuen Pächter im Lörzbachgebiet neu Fr. 100.-- bezahlen müssen, gegenüber den bereits praktizierenden Gärtner, welche bis jetzt mit einem Pachtzins von Fr. 4.-- pro Are 25 x mal weniger bezahlen müssen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** weist darauf hin, dass man sich an die bestehenden Pachtverträge halten muss. Es richtig, da die Pächter im Gebiet der Parzelle B1132 und auch auf anderen Arealen weiterhin Fr. 4.-- pro Are bezahlen bis der Vertrag ausläuft. Wie nun der Familiengartenverein den Pachtzins an die neuen Pächter weitergibt sei nicht unser Problem. Aber in den neuen Verträgen wird der Pachtzins von Fr. 100.-- pro Are ausgewiesen.

Die Frage, welches die Gegenleistung für die bisherige Pacht von Fr. 4.-- resp. die zukünftige Pacht von Fr. 100.—sei, wird wie folgt beantwortet:

Gemeinderat **Paul Schüpbach** erklärt, dass in Basel-Stadt die Zugangswege zu den Gärten unterhalten werden. Bei uns sei es so, dass es primär die Investitionen sind, zudem wird die Wasserzufuhr gewährleistet (Wasserleitung/Wasserabzweigstelle) und ein Parkplatz wird gebaut. Die Fr. 100.-- seien ein marktüblicher Pachtzins.

Keine weitere Wortmeldung.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion, stellt den Antrag:

„unter Punkt 2 soll das Datum für den Rückzug des Rekurses geändert werden. Entweder

a).....mit Versand der Wahlunterlagen

b) spätestens am 20. Oktober 2003 zurückgezogen hat“

Gemeinderat **Paul Schüpbach** macht darauf aufmerksam, dass dieser Termin vom 20.10.2003 nicht möglich ist. Falls der Einwohnerrat dem Antrag zustimmt, kann dieser frühestens am 17.10.2003 im AWB publiziert werden. Es folgt dann eine 1-monatige Einsprachefrist. Wird kein Referendum erhoben, werden diese beiden Beschlüsse rechtskräftig und dann kann der Rekurs zurückgezogen werden. Dies frühestens am 20. November 2003. Der Einwohnerrat ist frei, ein Datum einzusetzen. Würde der Antrag von Stevie Brügger aber angenommen, würde das nicht mehr den Verhandlungen entsprechen, welche man mit dem Familiengartenverein geführt habe.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, würde es begrüßen, wenn zum Zeitpunkt der Abstimmung klare Verhältnisse herrschen würden.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion, pflichtet Dr. Guido Beretta bei, dass es schwierig ist abzustimmen, wenn noch ein Rekurs hängig wäre. Grundsatzentscheid vor Versand der Wahlunterlagen.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, stellt den Antrag, das Datum auf den 20. November 2003 festzulegen. So bleibt noch Zeit für eine Pressemitteilung.

Stevie Brügger, CVP/SVP-Fraktion, ist es wichtig, dass das Volk bis zum Abstimmungstag über die Sachlage informiert wird. Er zieht seine Anträge zurück, und schliesst sich dem Antrag von Dr. Guido Beretta an.

Kein weiteres Wortbegehren.

://:

Mit 30 Ja-Stimmen wird dem Antrag von Dr. Guido Beretta, die Frist für den Rückzug des Rekurses auf den 20. November 2003 festzulegen, zugestimmt.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird wie folgt beschlossen

1. Mit 34 Ja-Stimmen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 92'750.-- für die Erweiterung des Familiengartenareals „Lörzbach“ bewilligt.
2. Mit 32:2 Stimmen wird für die Entschädigung im Zusammenhang mit der Aufhebung der Familiengärten am Baselmattweg ein Verpflichtungskredit von CHF 67'250.-- bewilligt, sofern der Familiengartenverein Allschwil seinen Rekurs gegen die Kündigung des Familiengartenareals am Baselmattweg bis spätestens am 20. November 2003 zurückgezogen hat.

Das Resultat der Schlussabstimmung „Wegmatten I“ wird korrigiert und bestätigt auf **27:6 bei 1 Enthaltung**.

<<<< P A U S E >>>>

Für den Rest der Sitzung wird Max Amsler Ursula Pozivil als Stimmzähler ersetzen.

▪ **INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES:**

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, bittet die Anwesenden, sich noch heute für die Veranstaltung „Erdbeben“ anzumelden.

Die Gemeindepräsidentin teilt dem Einwohnerrat mit, dass die Post erwägt, eine der drei Poststellen in Allschwil zu schliessen. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass Allschwil unbedingt 3 Poststellen braucht. Die Gemeinde ist sehr gross und lang gezogen, deshalb braucht es an verschiedenen Orten eine Poststelle. Zudem stehen verschiedene Projekte an – Neubauten von Wohnungen sowie das Projekt Wegmatten I - welche viele neue Einwohner und Einwohnerinnen nach Allschwil bringen werden. Deshalb wäre es völlig verfehlt, ausgerechnet jetzt eine Poststelle zu schliessen. Der Gemeinderat werde sich vehement dagegen wehren.

* * *

Ab Ende 2005 sollen die Kugeltanks der IWB für die Speicherung von Erdgas durch ein unterirdisches Röhrensystem ersetzt werden. Da Allschwil in der Agglomeration liegt und davon auch betroffen sein wird, möchte Gemeinderat **Paul Schüpbach** kurz darüber orientieren. Es handelt sich hier um 2 Erdgaskugeln in unserer Agglomeration, die ersetzt werden sollen. Nach kurzen Erklärungen über die Wandlung des Erdgases in den vergangenen Jahrzehnten erläutert Paul Schüpbach anhand der aufgelegten Folie, wie die Lagerung des Erdgases in den Röhren funktioniert.

Gemäss Projekt sollen die Röhrenspeicher in 225 m langen Schlaufen rund 2,5 Meter tief in den Boden verlegt werden. Auf einer Gesamtlänge von 2,7 Kilometern ergäbe sich ein Speichervolumen von 235'000 Normkubikmetern. Im Vergleich zu den 3 Kugelspeichern bedeutet dies eine Verdoppelung des Speichervolumens. Gegenüber den heutigen Kugelspeichern bieten die mit Erdreich überdeckten Röhrenspeicher eine erhöhte Sicherheit gegen mechanische Beschädigungen wie z.B. bei einem Flugzeugabsturz. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde eine Standortbeurteilung hinsichtlich Natur und Landschaft, Wald, Boden und weiterer Belastungen durchgeführt. Es spricht nichts gegen die Realisierung. Vorgesehener Standort ist Fristmannsholz (nähe Gaszellwerk), Familiengartengebiet, an der Schönenbuchstrasse, links und rechts davon ist Waldgebiet. Es ist eine Landzunge (nicht Gemeindeeigentum). Die nächste Folie zeigt Speicherorte, welche völlig renaturiert wurden. Es ist auch bei uns vorgesehen, naturnahe Gebiete zu wählen, die dann landwirtschaftlich genutzt werden können

Es ist in dieser Angelegenheit noch nichts beschlossen worden. Der Gemeinderat wollte lediglich eine Kurzinformation liefern. Es wird noch verhandelt.

FRAGESTUNDE

Schriftliche Fragen

Eugen Neeser, FDP -Fraktion:

338 12.420 Wasserversorgung; Betrieblicher Unterhalt

„Ortomat“

Ist das System „Ortomat“, welches zur einfachen Suche von Lecks in Wasserleitungen dient, dem Gemeinderat bekannt?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Beim System "Ortomat" handelt es sich um eine permanente Lecküberwachung von Wasserleitungen mittels Funkeinlesung. Dazu werden an Hydranten Datenlogging-Geräte montiert und bilden so eine Messstation, welche die Daten über das Schallpegelverhalten des Wasserleitungsnetzes aufzeichnet. Die Datenauswertung erfolgt mittels Funkempfänger und PC: Die memorierten Messwerte werden (z.B. alle 14 Tage während des Vorbeifahrens in ca. 1 Sekunde) per Funk zum handyförmigen Empfangsgerät übertragen, direkt auf dessen Display numerisch dargestellt und gespeichert. Die Daten werden dann vom Funkempfänger in einen PC übertragen und stehen dort grafisch zur Verfügung. Die Auswertung auf dem PC zeigt dann auf, ob ein Leck in einem gewissen Umkreis der Messstation entstanden ist. Gegebenenfalls erfolgt noch eine Kontrollmessung und letztlich die Veranlassung der Reparatur.

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass in kleinen Gemeinden solche Geräte schon installiert wurden, doch sei im keine grosse Agglomeration bekannt, die einen solchen Ortomat fix installiert habe. Dieses Gerät ist noch relativ teuer, deshalb wird es 2 mal jährlich ausgemietet. Wenn dieses Gerät in der Zukunft günstiger wird und ein Leck schneller entdeckt werden kann, wird der Gemeinderat den Kauf eines Ortomats in Erwägung ziehen und ins Budget aufnehmen.

Mündliche Fragen

Lucius Cueni, SP-Fraktion:

339 11.121 Baugesuche/Bauanfragen
 13.230 Ökologie

Nichtionisierende Strahlenstärken bei Funkanlagen

Ein Einwohner wollte sich bei der Bauverwaltung nähere Informationen über in einem Baugesuch veröffentlichte Funkanlagen beschaffen. Daten über nichtionisierende Strahlenstärken wurden anscheinend vorenthalten. Weshalb diese Geheimniskrämerei?

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung: Die Frage hätte schriftlich vorgelegt werden sollen. Er habe keine Kenntnis, um welches Baugesuch es geht.

Lucius Cueni, SP-Fraktion, erklärt, dass es sich um das Baugesuch der Firma Schrempf handle.

Gemeinderat **Roman Meury** erklärt dem Fragesteller, dass bei so vielen Baugesuchen es nicht möglich ist, jedes Einzelne im Kopf zu behalten. Bei schriftlicher Einreichung hätte man sich vorbereiten können. Er kann deshalb keine Stellung dazu nehmen.

Robert Richner, FDP-Fraktion:

340 06.050 Feuerwehr

Schliessung der ELCO, Papierfabrik / Information

Ist in Sachen „Schliessung der Elco“ noch irgendetwas zu machen? Z.B. Wirtschaftsförderung, Feuerwehr? Gibt es irgendwelche Informationen?

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin: Restrukturierungsmassnahmen werden durchgeführt. Der Gemeinderat bedauert dies sehr. Sie verweist auf die Medienorientierung vom 26. September 2003.

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit: Allschwil war bis jetzt in einer komfortablen Lage, da der Tagesbetrieb der Feuerwehr über die Betriebsfeuerwehr der Elco sichergestellt wurde. Die Feuerwehrkommission wird nach einer Lösung suchen.

Robert Richner, FDP-Fraktion:

341

12.110

Strassen; Baulicher Unterhalt

geplante Korrektur der Neuweilerstrasse in Allschwil

Diesen Sommer sollte die schon seit langem geplante Korrektur der Neuweilerstrasse durchgeführt werden. Robert Richner möchte gerne nähere Informationen.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Am 25. September 2003 tagt die Verkehrskommission Leimental und wird über das Strassenprojekt (Kantonsstrasse) informieren. Es wird noch dieses Jahr mit der Strassenkorrektur begonnen werden. Diese Verzögerung ergab sich aufgrund längerer Verhandlungen mit Grundeigentümern. Die Arbeiten wurden bereits vergeben. Es wird im Spätherbst mit dem Bau begonnen werden können.

Ornella Schneider, FDP-Fraktion:

342

02.011

Alter / Altersheime

Geschenke an Jubilare

Warum wird den Jubilaren zum 90. Geburtstag kein Präsent mehr übergeben?

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin: 90-jährige Jubilare und Jubilarinnen bekommen nach wie vor ein Gratulationsschreiben und einen Blumenstrauss. Jeder Jubilar bekommt ab dem 95. Geburtstag jedes Jahr einen persönlichen Besuch der Gemeindepräsidentin und des Gemeindeverwalters sowie einen Blumenstrauss. Die Streichung des Präsentes ist die Folge der allgemeinen Sparmassnahmen, 80 und 85-Jährige erhalten keinen Geschenkkorb mehr. Auch Paare, die ihre goldene Hochzeit feiern, bekommen einen Blumenstrasse sowie das übliche Gratulationsschreiben. Diejenigen, die sogar die Diamantene Hochzeit (oder noch mehr) feiern, dürfen sich ebenso auf den Besuch der Gemeindepräsidentin und des Gemeindeverwalters freuen.

Ornella Schneider, FDP-Fraktion, bedauert diese Sparmassnahme auf Kosten der Jubilare.

Bruno Steiger, SD-Fraktion:

343 04.090 Vereine
 11.230 Liegenschaften; Mietwesen

Schwimmclub Allschwil, Infrastrukturbeitrag

Das Hallenbad wird vom Schwimmclub Allschwil sehr stark genutzt. Oft müssen die zahlenden Hallenbadgäste dem Schwimmclub weichen. Zudem werde das Hallenbad kommerziell genutzt, um Einkünfte von Privatschwimmclubs einzustecken. Wäre es nicht angebracht, einen angemessenen Infrastrukturbeitrag vom Schwimmclub Allschwil zu verlangen?

Bea Fuchs, Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur: Ist sich nicht bewusst, dass diese Frage zu einem früheren Zeitpunkt gestellt wurde. Die Verantwortlichen des Schwimmclubs Allschwil wurden vom Gemeinderat zu einem Gespräch eingeladen. Die Grateintritte für Schwimmclubmitglieder wurden in der Zwischenzeit halbiert, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre erhalten weiterhin Grateintritte. Nur ganz wenige Leute, die das Hallenbad zu Trainingszwecken benützen, erhalten vergünstigte Eintritte. Betreffend Infrastrukturbeitrag wird sich das Departement darum kümmern.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion:

Bei einer Briefaufgabe, A-Post am Sonntag Nachmittag, wird der Briefkasten letztmals um 13.00 h geleert. Er findet diese letzte Leerung etwas früh.

Ist der Gemeinderat bereit, bei den Verhandlungen mit der PTT dieses Thema aufzugreifen?

Keine Antworten.

Stevie Brügger, CVP-Fraktion:

344 12.200 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau
 04.090 Vereine

Neue Sportplätze für den FC Allschwil

Die UBS Anlage (Tennisplätze und Fussballfeld) sollen für den FC Allschwil zur Verfügung stehen, resp. eine neue Sportplatzanlage soll dort gebaut werden. Sind da noch Verhandlungen im Gange?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Die Sportplatzerstellung ist eine gemeinsame Aufgabe des Hoch- und Tiefbaus. Er ist sich bewusst, dass es für den FC Allschwil noch eine stärkere Durststrecke geben wird, wenn der Elefantenacker definitiv wegfällt. Für die neue Sportanlage auf dem Golfplatz läuft ein Architekturwettbewerb. In einem Monat werden insgesamt 4 Architekturbüros ihre Offerten abgeben. Die Realisierung der neuen Fussballfelder wird sofort nach Auflösung des Golfplatzes in Angriff genommen. Es wurden auch Kunstrasenfelder in Betracht gezogen, resp. Offerten dafür eingeholt. Die Kunstrasenfelder, falls es solche geben wird, könnten bereits 1 Tag nach der Verlegung bespielt werden. Die UBS hat bei den Verhandlung (Sportplatz Sandweg) mit Roman Meury, Dr. Leo Zehnder und Dr. Anton Lauber zugesichert, dass das Fussballfeld im linksufrigen Bachgrabengebiet benutzt werden kann. Nicht aber der Sportplatz Sandweg.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung: Das Fussballfeld der UBS darf benutzt werden. Es gibt zwischenzeitliche Probleme mit den Tennisspielern. Er bittet Stevie Brügger um eine genaue Aufstellung betreffend Bedarf dieses Sportplatzes. Welche Mannschaften noch einen Platz benötigen. Verhandlungen mit der UBS können jederzeit geführt werden.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion:

345 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA
 12.120 Strassen; Betrieblicher Unterhalt

Signalisationsmeldungen

Im Amtsblatt im Mai 2003 sind 102 Signalisationsmeldungen eingegangen. Das scheint ihm rekordverdächtig. Ist das ein Gerücht?

Nicole Nüssli, Departementsvorsteherin Einwohnerdienst/Sicherheit: Es sind nicht 102 neue Signalisationen geschaffen worden. Grösstenteils waren es Erneuerungen der bisherigen Schilder.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Tatsächlich waren es 18 neue Tafeln. Alle anderen waren bereits bestehende, teilweise nie publizierte Tafeln. Nicht publizierte Tafeln sind nicht rechtsgültig, somit könnten auch keine Bussen ausgesprochen werden. Aus diesem Grunde wurden jetzt alle Tafeln publiziert.

Lucius Cueni, SP-Fraktion:

346 13.200 Umweltmassnahmen

Gasspeicher auf der Munimatte, Renaturierung

Wird der neue Gasspeicher auf der Munimatte gebaut? Ist wirklich eine Renaturierung vorgesehen?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Es ist die neuste Generation von Gasspeicher. Es betrifft die ehemalige „Munimatte“. Diese soll aber nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, sondern als naturnahe, geschützte Wiese dienen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende **Jean-Jacques Winter** schliesst die Sitzung.